



**Wirtschaftsverband Stahl-  
und Metallverarbeitung e.V.**

Düsseldorf • Hagen

## **Argumentationspapier des WSM zum Energiekonzept der Bundesregierung**

### **1. Einführung**

Die Bundesregierung gibt mit dem geplanten Energiekonzept eine wichtige langfristige Weichenstellung für die Energiepolitik der nächsten vier Jahrzehnte. Der WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung vertritt über 4.000 mittelständische Unternehmen des produzierenden Gewerbes. Gemessen an der Zahl der Unternehmen und an der Zahl der Arbeitsplätze ist dies die größte Branche des produzierenden Gewerbes in Europa (vgl. EU-Studie „Competitiveness of the EU Metalworking and Metal Articles Industries“, 2009). Der Einsatz von Energie ist in der Stahl- und Metallverarbeitung unverzichtbar und in Teilbranchen wie der Schmiedeindustrie, der Kaltwalzindustrie und der Wärmebehandlung von Natur aus besonders hoch. Die Kosten für Energie sind für diese Unternehmen ein entscheidender Wettbewerbsfaktor innerhalb der Wertschöpfungskette.

Der WSM stimmt den Anmerkungen des BDI zum Energiekonzept der Bundesregierung zu und ergänzt mit diesem Argumentationspapier Empfehlungen für die weitere Diskussion. Nachdem die Bundesregierung Ende August 2010 die Datenbasis von den beauftragten Instituten erhalten hat, wird sie am 13. September 2010 die Eckpunkte des Energiekonzeptes zur Diskussion stellen. Der WSM wird dann und ebenso nach Vorlage des umfassenden Energiekonzeptes Ende November zu den hier skizzierten Punkten detailliert Stellung nehmen.

### **2. Strukturen und Energieverbrauch in der Stahl- und Metallverarbeitung**

Die Unternehmen der Stahl- und Metallverarbeitung sind mittelständig strukturiert. Sie sind weit überwiegend Familienbetriebe und beschäftigen im Durchschnitt 100 Mitarbeiter. Die Energiekosten sind unterschiedlich. Sie sind neben der Größe des jeweiligen Unternehmens abhängig von der Verarbeitungsstufe, den Wertschöpfungs- und Verarbeitungsschritten und von den Verfahren, die in den Unternehmen genutzt werden.

### Strompreise im Oktober 2009 nach Fachverbänden:

	Verbrauch in kWh			Energiekostenanteil in %
	Durchschnitt	Maximum	Minimum	Durchschnitt
Lohnhärtereien	3.566.783	14.240.000	400.000	16,9
Pulvermetallurgie	16.530.00	33.120.000	500.000	9,6
Massivumformung	17.627.834	69.150.110	250.000	5,8
Eisen- und Stahldraht	14.085.574	50.000.000	3.000.000	5,6
Herst. von Schrauben	5.247.238	15.000.000	325.000	4,1
Stahlbetonbewehrung	8.013.397	75.871.428	55.000	4,1
Kaltwalzwerke	6.394.615	20.927.700	617.276	3,6
Blechumformung	2.943.238	24.000.000	62.492	2,2
Mech. Bearbeitung	2.973.814	13.932.000	44.198	2,1
Hersteller von Federn	3.946.972	20.000.000	176.110	2,1
WSM	6.291.000	75.871.428	10.959	4,9

Quelle: WSM-Energie-Preis-Vergleich Oktober 2009

Die Unternehmen sind im Markt in einer Sandwich-Position zwischen der marktmächtigen Stahlindustrie und der nachfragemächtigen Automobilindustrie und anderen nachfragemächtigen Branchen. Die Margen sind eng. Die Wettbewerbsintensität ist hoch. Zusätzliche (Energie-) Kosten können selten entlang der Wertschöpfungskette weitergegeben werden. Es ist daher für die Betriebe existenziell, die Energie möglichst sparsam einzusetzen.

### 3. Energiekonzept der Bundesregierung

Die Bundesregierung will mit dem Energiekonzept eine Strategie für die Versorgungssicherheit, für die Nachhaltigkeit und für die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung erarbeiten. „Wir wollen eine ideologiefreie, technologieoffene und marktorientierte Energiepolitik.“ So steht es im Koalitionsvertrag der Regierungspartien. An anderer Stelle heißt es: „Ziel ist es, dass die erneuerbaren Energien den Hauptanteil an der Energieversorgung übernehmen.“ Für diesen offenkundigen Widerspruch muss das Energiekonzept Lösungen bereitstellen, die den volkswirtschaftlichen Wohlstand langfristig und nachhaltig sichern.

Der WSM erkennt an, dass zu unserem Wohlstand unabdingbar der Erhalt der natürlichen Lebensbedingungen gehört und unterstützt die Bundesregierung in dem Ziel, „eine saubere, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“ zu garantieren. Insbesondere liegt den Unternehmen allerdings an einer sicheren Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Kosten im europäischen Vergleich. Erst ein gesichertes Wohlstandsniveau versetzt eine Gesellschaft in die Lage, intensive Klimapolitik und Umweltschutz zu betreiben. Daher:

### **a) Wirtschaftlichkeit zuerst**

Die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung muss im Zentrum der Bemühungen der Bundesregierung stehen. Die Stahl- und Metallverarbeitung - und damit das produzierende Gewerbe mit den meisten Arbeitsplätzen in Deutschland und Europa - ist ohne Energieverbrauch nicht denkbar. Jede national einseitige Erhöhung der Energiekosten führt zu Nachteilen gegenüber ausländischen Wettbewerbern und erhöht die Gefahr, dass Arbeitsplätze in mittelständischen Unternehmen über kurz oder lang aus dem Land gezogen werden. Das ist eine Gefahr für Wertschöpfungsketten und mittelständische Industriekultur in Deutschland und damit für das Wohlstandsniveau insgesamt.

### **b) Staatlicher Energiekostenanteil zu hoch**

Die Kosten für Strom beruhen zu 40 % auf staatlicher Regulierung, insbesondere auf der 1999 eingeführten Stromsteuer und der massiv steigenden Umlage für regenerative Energieträger. Eine Senkung dieser staatlichen Belastungen würde zu einer erheblichen Kostensenkung führen und wäre eine große Hilfe für den industriellen Mittelstand. Wenn die Bundesregierung, wie im Koalitionsvertrag festgelegt, am Einspeisevorrang der „erneuerbaren“ Energie festhalten will, muss aus Sicht der industriellen Energieverbraucher zwingend eine Anpassung der Höhe der Förderung und der Art der Finanzierung dieser Förderung herbeigeführt werden.

Es ist verfehlt, die Energie durch staatliche Maßnahmen gezielt zu versteuern, um den Energieverbrauch zu senken. Die Unternehmen haben bereits die Potentiale für Energieeffizienz weitgehend ausgeschöpft. Über zusätzliche Verbesserungen wird schon deswegen nachgedacht, weil die Energiekosten als solche zu hoch sind. Zusätzliche, durch den Staat auferlegte Kosten sind eine Belastung im Wettbewerb, die viele mittelständische Unternehmen nicht tragen könnten. Daher müssen die Energiesteuerentlastungen für das produzierende Gewerbe auch über 2012 hinaus mindestens im bestehenden Umfang erhalten bleiben.

Auch zusätzliche Belastungen der Energiekonzerne (Brennelementesteuer, Emissionshandel, CCS) stehen einer höheren Wirtschaftlichkeit in der Energiepolitik entgegen. Die Abgaben und Technologien würden zwar helfen, fiskalische und klimapolitische Ziele der Bundesregierung zu erreichen. Es ist aber zweifelhaft, ob dadurch die Gewinne der Energieerzeuger geschmälert würden. Denn die Energieerzeuger werden die zusätzlichen Belastungen gerade an ihre mittelständischen Kunden und an die Haushalte weitergeben. Eine Entlastung der Energieverbrauchenden Industriezweige wäre jedenfalls nicht zu erwarten.

### **c) Mehr Wettbewerb**

Es ist Aufgabe der Energiepolitik, durch mehr Wettbewerb die Energiepreise international anzugleichen. Die angekündigte Markttransparenzstelle muss zügig eingeführt und mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattet werden. Die Öffnung der Europäischen Energiemärkte ist dringend erforderlich. Ein marktfreundliches Engpassmanagement kann helfen, diesen Wettbewerb zu intensivieren. Die Bundesregierung sollte die entsprechenden Anstrengungen der Europäischen Kommission unterstützen. Ziel muss sein, einen Preiswettbewerb der europäischen Energieerzeuger in Gang zu setzen, um auf dem Kontinent ein Level-playing-field zu schaffen.

Dabei darf es keine Rolle spielen, auf welchem Energieträger die Produktion der Energie beruht. Politische Zielkonflikte etwa zwischen Wirtschaftlichkeit der Atomenergie und Nachhaltigkeit der Erneuerbaren Energieträger müssen zwischen den Staaten ausgehandelt werden. Die Politik sollte diese Debatte nicht auf dem Rücken der mittelständischen Industrie führen.

### **d) Direkte und indirekte Effekte beachten**

Für die Stahl- und Metallverarbeitung ist zu beachten, dass sie nicht nur direkt mit höheren Energiekosten belastet würde, sondern auch indirekt. Die energieintensive Stahlindustrie würde versuchen, die zusätzlichen Kosten auf ihre Kunden, die mittelständischen Stahl und Metall verarbeitenden Unternehmen, abzuwälzen. Auch innerhalb der Stahl- und Metallverarbeitung gibt es verschiedene Wertschöpfungsstufen, die die Zusatzkosten weitergeben würden. Die effektiven Energiekosten erhöhen sich dadurch um ein Vielfaches.

## **4. Anregungen des WSM für die Diskussion**

- Die Bundesregierung muss in Kooperation mit der Europäischen Union einen marktwirtschaftlichen Preiswettbewerb der europäischen Energieversorger in Gang bringen
- Staatliche Lasten, Steuern, Abgaben oder staatlich veranlasste Zusatzentgelte, sind auf ein europäisches Niveau zu reduzieren
- Industriepolitik muss mindestens gleichberechtigt neben der Klimapolitik stehen. Klimaschutz und Umweltschutz ist nur mit gesichertem Wohlstand möglich.